

Zeitschrift: Bulletin / Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten = Association Suisse des Professeurs d'Université
Herausgeber: Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten
Band: 10 (1984)
Heft: 1

Artikel: "U 2000" : eine Konferenz des Europarates über die Hochschulpolitik der kommenden Jahre
Autor: Miller, Andreas
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-894338>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

"U 2000" - eine Konferenz des Europarates über die Hochschulpolitik der kommenden Jahre

In der letzten Nummer unseres Bulletins hat der Redaktor diese - mit einer geheimnisvollen Abkürzung benannte - Konferenz angekündigt und durch Abdruck einiger Ausschnitte aus einem Arbeitspapier über ihr Programm orientiert. Die Konferenz fand vom 7. bis 9. November in Strassburg im Europahaus (oder, wie es seit kurzem heisst, im Europa-Palast) statt, im grossen Sitzungssaal, in dem sonst das Europäische Parlament tagt.

Die Konferenz geht auf Anregung von Prof. Dominique Rivier, dem Altrector der Universität Lausanne, zurück. Die ursprüngliche Zielsetzung war sehr ehrgeizig: Rektoren und höchste Regierungsvertreter (nach Möglichkeit sollten das Bildungs- und Forschungsminister sein), führende Parlamentarier und Vertreter der Wirtschaft sollten zusammenkommen, um - aufgrund einer Analyse der Hochschulentwicklung in den letzten Jahren - zuhanden der Entscheidungsgremien in europäischen Ländern Vorschläge für die Hochschul- und Forschungspolitik "à l'approche de l'an 2000" auszuarbeiten. Dieser Zielsetzung entsprechend, wurden die Hauptthemen für die drei Plenarsitzungen formuliert: (1) Welche Aufgaben werden sich unseren Hochschulen um das Jahr 2000 stellen? (2) Welche Ziele werden sich die Hochschulen in der Zukunft setzen und welche Funktionen werden sie übernehmen? (3) Wie müssen sie sich verändern, um diesen neuen Herausforderungen gewachsen zu sein?

Die Universitäten haben kaum je eine führende Rolle im sozialen Wandel gespielt. Sie haben sich eher an die Veränderungen im Schosse der Gesellschaft angepasst, oft mit beträchtlicher Verspätung. Das dürfte auch in Zukunft so sein. Um etwas über die Stellung der Universität und über ihre Gestaltung "à l'approche de l'an 2000" auszusagen, müsste man deshalb ein möglichst klares Bild der künftigen Gesellschaft haben. Wie wird sie aussehen, welche Forderungen wird sie an die Universität stellen: Das sind schwierige Fragen, mit welchen sich Wissenschaftler - mit Ausnahme einiger Futurologen - kaum systematisch befassen. Auch

den vier "key-speakers", die für die weiteren Diskussionen die Grundlage schaffen sollten, ist es nicht gelungen, ein überzeugendes Bild von "Europa im Jahre 2000" zu entwerfen (diese vier Redner waren: U. Agnelli, Vizepräsident von Fiat; H. Curien, Vorsitzender der Europäischen Stiftung für Wissenschaft; Rektor Troisfontaines von der belgischen Universität Namur und H. Fischer, der österreichische Minister für Wissenschaft und Forschung). Wie es häufig beim Versuch, etwas über die Zukunft auszusagen, geschieht, projizierte man die heute bereits deutlich auftretenden Tendenzen in die kommenden Jahre. So wurden als besonders wichtige Probleme etwa die folgenden genannt:

- eine weitere Beschleunigung des technischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandels;
- die rasch zunehmende Bedeutung der neuen Techniken der Kommunikation, die alle Bereiche des Lebens erfassen werden und auf die die breiten Massen der Bevölkerung nicht genügend vorbereitet sind;
- wirtschaftliche Schwierigkeiten, namentlich die Arbeitslosigkeit.

An die Universitäten werden verschiedene neue Forderungen gestellt, die sich weitgehend unter eine zentrale Forderung subsumieren lassen: stärkere Integration in die Gesellschaft, stärkere Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Gesellschaft, namentlich - dies kam deutlich mehrere Male im Verlauf der Diskussionen zum Ausdruck - auf die Bedürfnisse der Wirtschaft und der technologischen Entwicklung. Konkret heisst dies etwa:

- Die Rolle der Forschung muss neu definiert, die Verbindungen zwischen der Grundlagenforschung, der angewandten Forschung und der praktischen Nutzung der Forschungsergebnisse müssen verstärkt werden.
- Die Studenten sollten - den neuen Erfordernissen des Berufslebens entsprechend - besser auf ihre spätere praktische Tätigkeit vorbereitet werden, was für die Hochschulen bedeutet

a) bereits in die Grundausbildung eine möglichst grosse Flexibilität einzubauen,

b) die "Education permanente" stark zu entwickeln,

c) die Interdisziplinarität zu fördern.

- Die Fakultäten und die einzelnen Institute müssen ihre Beziehungen zur Wirtschaft und Industrie ausbauen: Austausch des Personals, vermehrte Dienstleistungen, Auftragsforschung.
- Die Hochschulen müssen ihre Beziehungen zu der Öffentlichkeit intensivieren: populäre Vermittlung des neu gewonnenen Wissens; Hilfe bei den Versuchen, sich an die neue, durch die technologische Revolution entstandene Situation anzupassen, usw.

*

*

*

Wie sollen sich die Universitäten verändern, um den neuen Aufgaben gewachsen zu sein? Sie sind bereits heute nicht die einzigen Institutionen der Lehre oder der Forschung und werden auch in der Zukunft von zahlreichen anderen Lehr- und Forschungsanstalten umgeben. Sie sind aber die wichtigsten unter ihnen und die einzigen, die diese beiden Funktionen verbinden.

Von der künftigen Universität wird vor allem grössere Flexibilität erwartet. Das ist eine sinnvolle Forderung für eine Zeit, in der sich der Wandel noch beschleunigen wird und neue Entwicklungen kaum voraussehbar sind. Die festen Strukturen, wie etwa die strenge Aufteilung auf Fakultäten, sollen aufgehoben werden. Die Universitäten müssen in der Lage sein, neben traditionellen Leistungen auch Alternativen vorzuschlagen.

Die Flexibilität ist sowohl in der Forschung als auch in der Lehre notwendig. Der Forschung und der Technologie kommt in den nächsten Jahren eine ganz entscheidende Bedeutung zu.

Die Zersplitterung des Wissens muss auch hier überwunden werden - die multidisziplinäre Forschung wird die Schaffung von Instituten eines neuen Typus verlangen. Die alte Forderung nach Autonomie sollte in das Streben nach einem Gleichgewicht zwischen der Freiheit der Forscher und ihrer Einfügung in die Gesellschaft umgewandelt werden. Die Forscher müssen es akzeptieren, wenn ihre Tätigkeit von öffentlichen Instanzen, welche die Forschung finanzieren, kontrolliert wird, und wenn man von ihnen mehr

Effizienz der eingesetzten Mittel erwartet. Die Universitäten werden - auf der Suche nach einem Ausgleich zwischen der Grundlagenforschung und den Anwendungen - in vermehrtem Masse Aufträge von aussen übernehmen. Man darf jedoch die daraus entstehenden Gefahren nicht übersehen: Einschränkung der Freiheiten; die Tatsache, dass es auch andere Gruppen in der Gesellschaft gibt, die wichtig sind, jedoch über keine Mittel verfügen, um Forschungsaufträge zu vergeben.

Die Lehre kann durch die technologische Entwicklung revolutioniert werden, und die Universitäten sollen die neuen Chancen voll nützen. Die Konzentration auf die Grundausbildung muss - in Anbetracht der raschen Veränderungen - noch verstärkt werden. Die Universität wird mehr von der "permanenten Bildung" anbieten müssen. Innerhalb der Studentenschaft werden grössere Gruppen von Erwachsenen am Unterricht teilnehmen, mit dem klaren Ziel, Diplome und möglichst adäquate Vorbereitung auf verschiedenste Berufspositionen zu erhalten. Die traditionelle, enge Verbindung zwischen Lehre und Forschung wird dabei weiter bestehen, vielleicht mit einer stärkeren Differenzierung der Dozentenschaft, die von einem Professor, der vor allem ein Forscher ist, bis zu einem anderen, der vor allem unterrichtet, reichen würde. Die Leitung der Hochschule muss weiter verstärkt und "rationalisiert" werden, wobei man hier nicht einfach die in der Wirtschaft entwickelten Methoden übertragen kann. Die Eigenart der Hochschulverwaltung wird wahrscheinlich zu neuen Konzepten und Techniken des "Managements der Hochschulen" führen.

*

*

*

Die Debatten über die Zukunft der Universitäten wurden von zwei "Gesprächen am runden Tisch" umrahmt, die im Dienste der "europäischen" Bestrebungen des Europarates standen.

Am Vortag der Konferenz fand eine besondere Veranstaltung statt, in der Hochschulprobleme im Gebiet "du bassin du Rhin supérieur incluant le land du Baden-Württemberg, les deux cantons de Bâle et la région Alsace" behandelt wurden. Neben der Forderung, die moderne Universität sollte ihre Tätigkeit stärker

auf die Bedürfnisse der Gesellschaft ausrichten, wurde häufig auch die Forderung erhoben, sie sollte vor allem der sie umgebenden "Region" dienen (wobei es meistens nicht geklärt wird, was unter diesem Begriff zu verstehen ist). Die Aktivitäten der "regio Basiliensis" und die engen Beziehungen zwischen den Universitäten Basel, Freiburg und Strasbourg wurden dabei als ein schönes Beispiel für diese regionale - und zugleich auch internationale - Zusammenarbeit genannt. Zum Abschluss der Konferenz fand sodann ein zweites Gespräch statt, das dem Thema "Europäische und internationale Dimension der Universitäten" gewidmet war. Europa komme eine wichtige Rolle in der heutigen Welt zu. Die Universitäten wurden aufgefordert, eine neue, europäische "synthèse culturelle" zu schaffen, welche einen besonderen Beitrag an die Entwicklung der gesamten Welt leisten würde.

*

*

*

Die von den Initianten der Konferenz hochgesteckten Ziele wurden nicht ganz erreicht. Der Besuchererfolg - die Zahl der Delegierten lag um die 300 - wirkte sich negativ auf die Diskussionen aus. Man hatte auch bald gemerkt, dass einfach zu viele Probleme auf der Traktandenliste standen. Es ist zu hoffen, dass der Europarat die Frage der künftigen Hochschul- und Forschungspolitik nicht als "gelöst" betrachtet, sondern Anstrengungen unternommen wird, einige von der Konferenz ausgehenden Anregungen aufzunehmen und einige zentrale Probleme in weiterer Arbeit zu vertiefen.

Andreas Miller